

Rheinische Post vom 10.03.2015, S. 1

# Sportler-Protest gegen Flüchtlinge in Turnhallen

Der Zustrom von Asylbewerbern überfordert die Kommunen in NRW. Die Unterbringung in Sporthallen stößt auf massive Kritik - auch beim Flüchtlingsrat. Das Innenministerium sieht sich nicht zuständig.

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

**DÜSSELDORF** Zum Nachteil vieler Sportvereine quartieren immer mehr Städte Flüchtlinge in Turnhallen ein. „Diese Art der Unterbringung ist grundsätzlich keine Lösung, die der organisierte Sport akzeptiert“, sagte der Geschäftsführer des Kölner Stadtsportbundes, Stefan Lamertz. Schon die bestehenden Hallen reichten für den Schul- und Vereinssport nicht aus. In anderen Kommunen sieht die Situation ähnlich aus. In Leverkusen wird derzeit bereits die zweite Halle leergeräumt, damit sie für Flüchtlinge hergerichtet werden kann. Der dort beheimatete Neukirchener Turnverein mit seinen 1080 Mitgliedern sieht sich sogar in der Existenz bedroht. Rund 200 Sportler protestierten dort gestern vor der Halle gegen ihren vorübergehenden Rauswurf.

Auch in Mönchengladbach, Ratingen, Langenfeld, Duisburg, Dortmund und Neuss sollen Flüchtlinge in Sporthallen untergebracht werden oder sind bereits dort. In Krefeld kritisierten Vereine die Informationspolitik der Stadt: Ihnen sei nicht rechtzeitig mitgeteilt worden, dass sie aus ihrer Sportstätte weichen mussten. Auch in anderen Bundesländern leiden Sportvereine unter der Zweckfremdung. In Berlin zum Beispiel beschlagnahmte die Stadt bereits mehrere Hallen. Vor einer Sportstätte im Ortsteil Hellersdorf wurde bei einer Protestveranstaltung sogar ein Polizist niedergeschlagen.

Auch der Flüchtlingsrat NRW kritisiert diese Form der Unterkünfte. „So sollten Menschen nicht untergebracht werden“, sagte Verbandsprecherin Anne Kress. „Sie haben dort keinerlei Privatsphäre und hocken aufeinander. Das ist alles andere als schön“, betonte Kress.

Doch die Not der nordrhein-westfälischen Kommunen ist offenbar so

groß, dass es nicht anders geht – die Städte kommen mit der Unterbringung der Flüchtlinge nicht mehr hinterher. Die Situation hat sich in den vergangenen Wochen noch einmal zugespitzt. „Keine Kommune macht das gerne. Alle strengen sich sehr an, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden und möglichst nicht in Turnhallen schlafen müssen“, sagte ein Sprecher des Städte- und Gemeindebundes NRW. Die Verteilung der Flüchtlinge sei ein strukturelles Problem. Die Asylbewerber würden aus den Erstaufnahmeeinrichtungen viel zu schnell in die Städte geschickt: „In der Kürze der Zeit haben die Kommunen gar keine Möglichkeit, Gebäude herzurichten.“

Beim Innenministerium ist das Problem bekannt. Doch die Unterbringung der Flüchtlinge liege in der Verantwortung der Kommunen. „Die Städte müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Platz für Menschen zu schaffen“, sagte ein Sprecher von Innenminister Ralf Jäger (SPD). Turnhallen seien dabei nur eine Notlösung.

Der Vize-Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper, forderte die rot-grüne Landesregierung auf, die Organisation der Flüchtlingsaufnahme zu verbessern. Die Unterbringung in Sporthallen sei weder für die Flüchtlinge noch für die Sportler ein Dauerzustand, sagte Kuper unserer Zeitung: „Aber letztlich zeigt dies nur die Verzweiflung der Gemeinden, die sich nicht anders zu helfen wissen, weil sie vom Land nicht die notwendige Unterstützung erhalten.“

Der sportpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, regte einen stärkeren Dialog zwischen Politik und Sportvereinen an. „Wichtig ist, Entscheidungen nicht über die Köpfe der Sportvereine

hinweg zu treffen“, mahnte Lürbke. Denn es seien vor allem die Sportvereine, die vor Ort schon jetzt einen entscheidenden Beitrag für gelungene Integration leisteten. Deshalb, so Lürbke, müsse zunächst immer geprüft werden, ob es Alternativen in leerstehenden Gebäuden des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebes gebe.

## NRW erwartet 2015 53 000 Asylanträge

**Prognosen** NRW muss sich 2015 auf deutlich mehr Flüchtlinge vorbereiten als gedacht: Statt der erwarteten 43 000 Erstanträge auf Asyl rechnen die Behörden jetzt mit 10 000 Antragstellern mehr. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Zahl der Erstanträge bereits im Januar um 58 Prozent.

**Verteilung** NRW nimmt 21,2 Prozent der Asylbewerber in Deutschland auf. Der Anteil richtet sich nach Steuerstärke und Bevölkerungsanteil und ist im „Königsteiner Schlüssel“ festgelegt.

## Belastung für den engagierten Sport

VON MARTIN BEILS

**E**s ist Ausdruck von Hilflosigkeit, wenn die Gemeinden Flüchtlinge in Sporthallen unterbringen. Handball-, Volleyball- und Badmintonfelder eignen sich nicht für eine würdige Versorgung von Menschen, die unter großem Leid ihre Heimat verlassen mussten.

Die Unterbringung dort ist auch eine große Belastung für den Vereinssport. Betroffen ist ausgerechnet jener Bereich unserer Gesellschaft, dessen ehrenamtlich tätige Trainer und Übungsleiter Wesentliches für das Gemeinwesen leisten. Gerade im Sport werden Zuwanderer so gut wie kaum irgendwo anders integriert. Seit mehr als 25 Jahren betreiben die

Spitzenverbände ihr Programm zur Integration mit großem Erfolg. An vielen Orten gibt es Sportvereine, die derzeit Flüchtlinge willkommen heißen. Sie holen sie in ihre Mitte und vermitteln ihnen Lebensfreude und Mut. Dass jetzt ein Interessenkonflikt ausgerechnet zwischen den Vereinen und den Flüchtlingen entsteht, ist bedrückend. Die Sportler werden Lösungen für ihr Problem finden. Die Vereine werden improvisieren, kooperieren, zusammenrücken. Entscheidend aber ist, dass die geflüchteten Menschen möglichst rasch angemessen untergebracht werden – und zwar eben nicht in Sporthallen.

# Sportler räumen Hallen für Flüchtlinge

In Leverkusen haben rund 200 Mitglieder eines Sportvereins gegen die Umwandlung ihrer Turnhalle in eine Notunterkunft für Flüchtlinge protestiert. Der Stadtsportbund wirft der Politik Ignoranz gegenüber Ehrenamtlichen vor.

VON L. HAUSER, A. LIEB, S. MEISEL  
UND C. SCHWERDTFEGER

**DÜSSELDORF** Helmut Schulz und Horst Heinrich rattern mit Metallgitterwagen die Rampe von der Sporthalle Wuppertalstraße im Leverkusener Stadtteil Bergisch Neukirchen hoch in Richtung Vereinsheim. Gefüllt sind die Wagen mit Bällen und Sportmatten. „Das Zeug muss ja raus aus der Halle, alles was morgen noch da ist, soll laut Stadt auf dem Müll landen. Auf dem Müll, das muss man sich mal vorstellen“, sagt Schulz empört. Hinter ihm rollen Sportfreunde aus der Herrense-

## „Bei allem Verständnis kann es nicht sein, dass Städte Turnhallen beschlagnahmen“

**Uwe Busch**

Duisburger Stadtsportbund

nieren-Gruppe des Neukirchener Turnvereins (NTV) weitere Wagen mit Sportutensilien heran.

Währenddessen sitzen in einem Raum des Vereinsheims Spitzen der beiden Neukirchener Sportvereine NTV und BVBN mit den drei Dezernenten für Soziales, Sport und Bauen der Stadt Leverkusen zusammen, um unter anderem auszuloten, wie lange die Halle für den Sportbetrieb ausfällt und was mit den Heimspielen der NTV-Handballer (u.a. Landesliga) in der aktuellen Saison werden soll. Denn: Die Stadt will ab dieser Woche mit den Umbauarbeiten beginnen, die aus der Sporthalle eine temporäre Flüchtlingsunterkunft machen sollen. Freitagmittag hatten die Vereine davon erfahren.

In Leverkusen ist es die zweite Sporthalle, die vorübergehend umfunktioniert wird. Allein im Januar und Februar bekam die Stadt 200 neue Flüchtlinge von der Bezirksregierung zugewiesen.

In der Nachbarstadt Köln wohnen aktuell in gleich drei großen Hallen Flüchtlinge. Dort hat die Stadt innerhalb weniger Monate eine Halle bereits zum zweiten Mal in eine Notunterkunft umfunktioniert. Die Vereine kritisieren, dass kein anderer Gesellschaftsbereich so sehr belastet wird wie der Breitensport. Das sieht auch Uwe Busch vom Duisburger Stadtsportbund so. „Grundsätzlich kann es aber bei allem Verständnis nicht sein, dass Städte Turnhallen beschlagnahmen und so aktive Sportgemeinschaften auseinanderreißen“, so Busch.

Die Aktiven sehen bei aller Kritik aber auch die Notwendigkeit, dass die Flüchtlinge untergebracht werden müssen. „Wir legen viel Wert darauf, diesen Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen“, sagt der Vorsitzende des Kölner Stadtsportbundes. Doch dürften solche Entscheidungen, Turnhallen in Asylunterkünfte umzuwandeln, in Zukunft nicht mehr übers Knie gebrochen und Vereine vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Den Sportvereinen müsste Planungssicherheit gewährleistet werden. Auch in Langenfeld soll in der kommenden Woche eine Turnhalle in eine Notunterkunft mit etwa 90 Plätzen verwandelt werden.

Zu Problemen führte diese Form der Unterbringung bereits in Dort-

mund. Rund 270 Flüchtlinge waren in einer Halle auf engstem Raum eingepfercht. Flüchtlinge, die dort untergebracht waren, berichteten von katastrophalen Bedingungen. Es kam deshalb bereits mehrmals zu Protesten.

Protest gab's auch in Leverkusen. Der Sportbund e.V. warf der Stadt etwa „eine unglaubliche Ignoranz gegenüber unseren ehrenamtlichen Aktiven in den Sportvereinen“ vor, zudem verstoße sie mit der Räumung gegen Vereinbarungen im Nutzungsvertrag der Halle. Ausweichmöglichkeiten für Vereine gebe es nicht. Zum Ortstermin mit den Dezernenten sind gestern 200 Vereinsmitglieder von BV und NTV gekommen. Celina Müller, Schülerin des Berufskollegs Opladen, die in der Halle normalerweise Sportunterricht hat, klagt: „Der fällt weg, und damit die Punkte für den Kurs. Das wird den Gesamtschnitt des Schulabschlusses senken. Wer studieren will, hat schlechtere Karten.“

## Einwohnerzahl bei Verteilung entscheidend

**Schlüssel** Wie viele Flüchtlinge einer Kommune zugewiesen werden, entscheidet der sogenannte „Königsteiner Schlüssel“, der Einwohnerzahl und Fläche einbezieht.

**Zahlen** Die Kommunen berechnen die Gesamtzahl der Flüchtlinge teilweise unterschiedlich, manche rechnen etwa Flüchtlinge in Landeseinrichtungen nicht ein. Daher sind die Zahlen nicht in jedem Fall vergleichbar.